

Vogler, Birgit
Wolff, Michael

ab TOP 8

SPD-Fraktion

Albinus, Martin
Bosse, Marcus
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Eichenlaub, Joachim
Ganzauer, Oliver
Hausmann, Michael
Heider, Ute
Hensel, Falk
Keye, Bernfried
Koch, Harald
Krause, Patrick
Polzin, Bruno
Puhle, Stefan
Resch-Hoppstock, Sabine
Vree, Friedhelm

Vorsitzender SPD

Stellv. Landrat

Parteilos

Wiegel, Heike

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Hortig, Martin Dezernent
Klooth, Kathrin
Wollschläger, Gudrun

Erster Kreisrat
Kreisverwaltungsdirektorin
Leiterin des Referates
Schule und Sport
Gleichstellungsbeauftragte
Pressesprecherin

Löb, Susanne
Vogt, Kornelia

Protokollführer

Curland, Hans-Otto

Es fehlen:

Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion

Gerndt, Reinhard Dr.

Gruppe CDU/FDP

Pink, Maximilian
von Veltheim, Alexander

SPD-Fraktion

Jakob, Thomas
Märtens, Julian

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 24. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 11.01.2016
5. Umbesetzung der Ausschüsse des XVII. gewählten Kreistages
6. Anfragen
 - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)
 - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
7. Anträge (§ 4f GO)
 - 7.1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Prüfauftrag zur Gewährleistung des Amphibienschutzes an der Landesstraße L629 zwischen Volzum und Lucklumer Kreuz“
Berichterstattung: stellvertr. Landrätin **W a g n e r - J u d i t h**
Vorlage: XVII-0710/2016
8. Information zur Elternbefragung zur Errichtung einer IGS in Schöppenstedt mit ggf. einer Außenstelle in Remlingen
Vorlage: XVII-0711/2016
9. Durchführung einer überörtlichen Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 NKPG; Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13 KiTaG durch den Landesrechnungshof
Vorlage: XVII-0693/2016
10. Dringlichkeitsantrag zur Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gymnasien für den Bereich der Samtgemeinde Baddeckenstedt
Vorlage: XVII-0704/2016
11. Evaluation des Projektes „Sozialarbeit an den Gymnasien“ im Zeitraum 01.04.2013 - 31.03.2016
Vorlage: XVII-0691/2016
12. Sozialarbeit an den Gymnasien im Zeitraum 01.04.2016 - 31.12.2016
Vorlage: XVII-0715/2016
13. Festlegung des Schulbezirks für die Elm-Asse-Schule
Vorlage: XVII-0694/2016
14. Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Henriette-Breyman-Gesamtschule
Vorlage: XVII-0692/2016
15. Nachtragswirtschaftsplan 2016 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)
Vorlage: XVII-0695/2016
16. Anregung nach § 34 NKomVG
Vorlage: XVII-0699/2016

17. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)
 18. Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:13 Uhr die 25. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Dr. R. Gerndt, Jakob, Märtens, Pink und von Veltheim entschuldigt fehlen.

Landrätin Steinbrügge gratuliert der KAbg. Dinter nachträglich zu ihrem 65. Geburtstag und überreicht ihr ein Präsent.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 1, 4b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung mit verkürzter Ladefrist und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (4c GO)

Vorsitzender Ganzauer weist auf folgende Anträge hin:

- Die Kreistagsfraktion DIE LINKE nimmt ihren Antrag „Bürgerbeteiligung stärken“ unter TOP 15 vorerst zurück und bittet ihn von der Tagesordnung zu streichen. Alle nachfolgenden TOPs würden sich entsprechend nach vorn verschieben.
- Ferner liegen Anträge der CDU-Kreistagsfraktion (Einrichtung der „Regionalstelle für schulische Inklusion“ im Gebäude der Schule am Teichgarten sowie die Sicherung der Schulstandorte im Landkreis Wolfenbüttel soll die Errichtung von Oberschulen in Schöppenstedt, Remlingen, Cremlingen und Sickte in die Planungen aufgenommen werden. Die laufenden Aktivitäten für den Standort Schladen sollen gleichfalls offensiv begleitet werden.) und SPD-Kreistagsfraktion (Elternbefragung IGS Sickte) vor. Nach kurzer Aussprache unter Beteiligung der KAbge. Brücher und Oesterhelweg kann der Vorsitzende Ganzauer alle Anträge nach der Geschäftsordnung nicht zulassen.
- Der TOP 16 soll auf TOP 8 vorgezogen werden. Alle anderen TOP verschieben sich entsprechend.

Vorsitzender Ganzauer weist auf die geänderten Berichterstattungen zu den TOPs 9, 10, 12 und 13 hin.

KAbg. Lühr weist darauf hin, dass die Berichterstattung zu TOP 15 vom KAbg. Dette übernommen werden sollte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird

- unter Absetzung des TOP 15 Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE hier: „Bürgerbeteiligung stärken – Einrichtung einer Plattform für E-Petitionen auf der Website“
Vorlage: XVII-0604/2015/2
- Vorziehung von TOP 16 auf TOP 8
- Änderung der Berichterstattung zu den TOPs 9, 10,12 und 13
- Änderung der Berichterstattung zu TOP 15

genehmigt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 24. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 11.01.2016

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Änderungswünsche zum Protokoll vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 4 Stimmenhaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 24. Sitzung des XVII. gewählten Kreistages am 11.01.2016 wird genehmigt.

TOP 5 Umbesetzung der Ausschüsse des XVII. gewählten Kreistages

Vorsitzender Ganzauer führt aus, dass der Austritt der KAbg. Wiegel aus der SPD-Kreistagsfraktion eine Neubesetzung der Ausschüsse des Kreistages für die SPD-Kreistagsfraktion nach sich gezogen hat.

Er verliest daraufhin die E-Mail der SPD Kreistagsfraktion vom 07.03.2016 mit der Benennung der Mitglieder

1. Ordentliche Mitglieder im Ausschuss für Schule und Sport bleiben KAbge. Märtens, Ganzauer, Jakob und Krause
2. Ordentliche Mitglieder im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration bleiben KAbge. Resch- Hoppstock, Brandes, Deitmar und Keye
3. Ordentliche Mitglieder im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz bleiben KAbge. Bosse, Heider, Puhle und Vree
4. Ordentliche Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit bleiben KAbge. H. Koch, Eichenlaub, Hausmann und Krause

5. Ordentliche Mitglieder im Betriebsausschuss „Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel“ bleiben die KABge. Hausmann, H. Koch, Keye und Polzin

KAbg. Wiegel äußerte sich per E- Mail vom 15.02.2016 wie folgt:

6. KAbg. Wiegel wird beratendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz

Vorsitzender Ganzauer führt weiter aus, dass für die Besetzung des Jugendhilfeausschusses gem. § 71 Absatz 2 Satz 5 NKomVG ein Losentscheid zwischen SPD und CDU erforderlich sei. Vorsitzender Ganzauer zieht ein Los.

Der Losentscheid fällt auf die SPD-Kreistagsfraktion. Die bisherige Besetzung des Jugendhilfeausschusses bleibt mit den KABge. Brandes, Albinus und Deitmar bestehen.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE benennt für die nachfolgenden Ausschüsse folgende ordentliche Mitglieder:

1. Ausschuss für Schule und Sport: KAbg. Wiechenberg
2. Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit: KAbg. Leukert
3. Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz: KAbg. Leukert
4. Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration: KAbg. Wiechenberg
5. Betriebsausschuss Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel: KAbg. Wiechenberg

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 16 GO)

Herr Schrader aus Baddeckenstedt weist erneut auf die Situation bezüglich des Radweges an der B 6 zwischen der Abzweigung L 670 und der Ortsdurchfahrt Baddeckenstedt hin. In der Vorlage XVII-0699/2016 Randziffer 25 sei die Verkehrsgefährdung eingeräumt worden. Seine Bedenken seien berechtigt. Aus welchen Gründen werde dem Begehren nicht nachgekommen? Er vertrete die Ansicht, dass der Straßenverkehrsbehörde das Prüfungsrecht obliege.

Landrätin Steinbrügge informiert, dass der Straßenverkehrsbehörde des Prüfungsrecht obliege. Sie bediene sich zur Beurteilung der Angelegenheit der Stellungnahme der Polizei und Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr. Danach sei bisher ein Unfall bekannt, an dem ein Radfahrer beteiligt gewesen sein soll. Ferner sei die Straße von Radfahrern nicht stark frequentiert. Es bestehe daher kein vordringlicher Handlungsbedarf.

Die Fragen und die Beantwortung der Fragen von Herrn Nagel aus der Samtgemeinde Elm-Asse sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Krause-Hotopp aus Destedt hat bezüglich einer IGS Sickte folgende Fragen:

- Werde ein Antrag auf Elternbefragung zu einer IGS Sickte in den Kreistag eingebracht?
- Falls ja, werde der Antrag von den Kreistagsfraktionen unterstützt?
- Falls ja, werde die Landrätin den Antrag unterstützen?
- Wann sei mit einer Elternbefragung zu rechnen?
- Wann könnte eine IGS in Sickte in Betrieb gehen?
- Bedeute das Ergebnis der Befragung in Schöppenstedt das „Aus“ für eine IGS in Schöppenstedt?

Die Beantwortung der Fragen erfolgt im Zusammenhang mit TOP 8.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)

KAbg. Oesterhelweg fragt an zum Thema Mobilticket/Sozialticket. Unsere Gesellschaft versuche mit einer Vielzahl von Angeboten und Vergünstigungen, auch Menschen mit sehr geringen Einkünften die Teilhabe an gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Allerdings kämen viele dieser Menschen nicht in den Genuss solcher Möglichkeiten, weil sie beispielsweise Einrichtungen und Veranstaltungen nicht erreichen können. In vielen Fällen sei die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu teuer, selbst bei wichtigen Fahrten zum Arzt, zur Apotheke, zu Verwaltungen beispielsweise in der Kreisstadt oder zum Einkaufen kämen erhebliche Summen zusammen.

Die Einführung eines flächendeckenden Mobil- oder Sozialtickets in beispielsweise Braunschweig oder Wolfsburg würde dadurch erleichtert, dass diese Städte eigenen Verkehrsunternehmen hätten, dass sei in Wolfenbüttel nicht der Fall. Die Verwaltung des ZGB weise daraufhin, dass solche Maßnahmen mit sechsstelligen Beträgen subventioniert werden müssten. Außerdem sei damit zu rechnen, dass die Kosten noch dadurch erhöht würden, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen diese Tickets bekämen und dann keine regulären Karten mehr kaufen würden. Weiterhin müsse die Gefahr eines Missbrauchs der Tickets durch Weitergabe an Dritte ausgeschlossen werden. Auch die Situation vor Ort sei sehr unterschiedlich, wenn beispielsweise die Situation in den Zentren und im ländlichen Bereich verglichen werde. Insgesamt gäbe es also Sachverhalte, die noch geklärt werden müssten.

Vor diesem Hintergrund fragt der KAbg. Oesterhelweg an:

- Welche Daten liegen der Landkreisverwaltung zu diesem Sachverhalt vor?
- Sind der Landkreisverwaltung Erhebungen beispielsweise anderer Gebietskörperschaften zu diesem Sachverhalt bekannt bzw. ist sie bereit, diese Informationen zu beschaffen?
- Sieht die Landkreisverwaltung die Möglichkeit, den Bedarf und die Umsetzungsmöglichkeiten sowie die Folgen einer Einführung entsprechender Tickets beispielsweise mit dem Fachbereich Sozialwesen der Ostfalia zu ermitteln?
- Sieht die Landkreisverwaltung die Möglichkeit, die theoretischen Erhebungen und Berechnungen durch je ein Pilotprojekt i/mit der Stadt Wolfenbüttel und in/mit einer unserer ländlichen Gemeinden praktisch zu hinterlegen?
- Sieht die Landkreisverwaltung die Möglichkeit, die Untersuchungen und Erhebungen zu dieser Thematik durch Mittel aus dem Assefonds oder mit Hilfe von Stiftungen oder staatlich geförderten Projekten („Mobil im ländlichen Raum“ u.a.) zu finanzieren?

Anmerkung der Verwaltung:

Allgemeines:

das Thema „Sozialticket für den ÖPNV im Verbundtarif Region Braunschweig (VRB)“ wurde zuletzt in der Sitzungsvorlage-Nr. XVII-0279/2013 abgebildet. Zur dieser Sitzungsvorlage erging - neben einer Kenntnisnahme - der Beschluss: „Der Landrat wird nach Abschluss des ÖPNV-Workshops beauftragt, die Ergebnisse Workshops und die Ausgestaltung des Sozialtickets mit dem ZGB zu verhandeln.“

Das Thema „Sozialticket“ wurde sodann im 3. Teil des ÖPNV-Workshops am 8. November 2013 diskutiert.

Ergebnis dieser Diskussion war u. a., dass ein Sozialticket wünschenswert, jedoch im Moment keine Finanzierbarkeit in Sicht ist.

In diesem Workshop wurden letztlich aber zur Verbesserung des ÖPNV im Landkreis Wolfenbüttel u. a. folgende Prioritäten beschlossen:

- Schaffung eines hochattraktiven „Rückgrat-Netzes“ mit zuverlässigen Zubringern,*

- *Integration anderer Verkehrsmittel,*
- *Information, Kommunikation, Marketing, Imageverbesserung,*
- *Verknüpfung von Schulentwicklungs- und ÖPNV-Planung,*
- *Umschichtung vorhandener Finanzmittel.*

Der Kreistag wurde per Sachstandsbericht (Sitzungsvorlage-Nr. XVII-393/2014) über den durchgeführten ÖPNV-Workshop und die darin erzielten Ergebnisse unterrichtet. Ferner wurde „zur Optimierung des ÖPNV entsprechend der Prioritätensetzung aus den Workshops“ die Einrichtung eines ÖPNV-Lenkungskreises beschlossen. Das Thema „Sozialticket“ spielte in diesem Zusammenhang keine Rolle mehr. Es bestand daher seinerzeit aufgrund dieser aktualisierten Beschlusslage auch keine Veranlassung mehr, „eine Ausgestaltung des Sozialtickets mit dem ZGB zu verhandeln“.

Im Einzelnen zu den Fragen des KAbg. Oesterhelweg:

Zu 1.:

Siehe Sitzungsvorlage XVII-0279/2013 vom 26. April 2013.

Zu 2 bis 5:

*Das Thema „Sozialticket“ ist aus Sicht des Landkreises Wolfenbüttel beim ZGB als Aufgabenträger für den ÖPNV federführend zu behandeln. Es wäre zielführend, über eine generelle Einführung eines Sozialtickets **durch den ZGB** im gesamten Verbandsgebiet nachzudenken und nicht einen „Sozialticket-Flickenteppich“ zu installieren. Eine solche Initiative sollte, wenn sie nicht von der Zweckverbandsverwaltung selbst kommt, von Zweckverbandsversammlung vorgeschlagen werden.*

Die Anfrage des KAbg. Oesterhelweg wird Landrätin Steinbrügge außerdem zum Anlass nehmen, das Thema „Sozialticket“ in der nächsten Sitzung des „ÖPNV-Lenkungskreises“ wieder aufzugreifen und zu erörtern.

KAbge. Vree und Löhr unterstützen das Begehren des Einwohners, Herrn Schrader. KAbg. Vree schlägt vor, die Möglichkeit einer kostenneutralen Prüfung in Erwägung zu ziehen.

Landrätin Steinbrügge verweist erneut auf die vorliegenden Stellungnahmen. Es liege kein Gefahrenschwerpunkt vor. Auch eine erneute Prüfung werde voraussichtlich kein anderes Ergebnis haben.

TOP 7 Anträge (§ 4f GO)

TOP 7.1 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN hier: „Prüfauftrag zur Gewährleistung des Amphibienschutzes an der Landesstraße L629 zwischen Volzum und Lucklumer Kreuz“ Berichterstattung: stellvertr. Landrätin **W a g n e r - J u d i t h Vorlage: XVII-0710/2016**

Stellvertretende Landrätin Wagner-Judith erläutert den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage XVII-0710/2016 „Prüfauftrag zur Gewährleistung des Amphibienschutzes an der Landesstraße L 629 zwischen Volzum und Lucklumer Kreuz“

Ohne Aussprache stimmt der Kreistag über die Annahme des Antrages ab. Der Kreistag fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
hier: „Prüfauftrag zur Gewährleistung des Amphibienschutzes an der Landesstraße L 629
zwischen Volzum und Lucklumer Kreuz" Vorlage: XVII-0710/2016 wird angenommen und an
den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz überwiesen.

TOP 8 Information zur Elternbefragung zur Errichtung einer IGS in Schöppenstedt mit ggf. einer Außenstelle in Remlingen Vorlage: XVII-0711/2016

Frau Wollschläger erläutert die Vorlage und beantwortet im Anschluss die Fragen von Herrn Nagel, die dem Protokoll als Anlage beigefügt sind.

Landrätin Steinbrügge führt zu den Fragen von Herrn Krause-Hotopp unter TOP 6.1 aus, dass eine IGS in Sickinge Kosten in Höhe von ca. 10 Mio. Euro Investitionsbedarf bedeuten würde. Dieses müsse in den Beratungen der Schulentwicklungsplanung Berücksichtigung finden. Eine Elternbefragung sei von einer politischen Entscheidung abhängig. Diese könne frühestens in der nächsten Kreistagssitzung im Juni getroffen werden. Also sei mit einer Elternbefragung frühestens nach den Sommerferien zu rechnen.

Die Elternbefragung habe gezeigt, dass für eine IGS in Schöppenstedt der Bedarf nicht gegeben sei.

Die KAbge. Bosse, Barkhau, und Wiechenberg hätten sich ein anderes Ergebnis der Elternbefragung gewünscht. Sie bedauerten das Ergebnis. Gerade in den Kernbereichen wie Schöppenstedt und Remlingen sei der Zuspruch der Eltern sehr hoch gewesen. Die Eltern wünschten sich kurze Schulwege. Ferner hätte eine IGS zur Sicherung des Schulstandortes beigetragen. Die Schulentwicklungsplanung habe das Ziel, auch den ländlichen Raum schulisch gut zu versorgen. Daher sei in dem strukturschwachen Bereich der Samtgemeinde Elm-Asse die Befragung durchgeführt worden.

KAbg. Hensel kündigt an, eine Befragung für eine IGS in Sickinge in den Schulausschuss einbringen zu wollen. 3 Integrierte Gesamtschulen könne der Landkreis tragen. In diesem Zusammenhang wies er daraufhin, dass Gründe für den Wechsel der Schulträgerschaft der bestehenden Integrierten Gesamtschulen zur Stadt Wolfenbüttel für ihn nicht erkennbar seien.

Die KAbge Lagosky, Hantelmann, Fricke und Försterling verweisen auf die Schulentwicklungsplanung und kritisieren die Elternbefragung in Elm-Asse als Einzelfallentscheidung. Die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung müsse eine umfassende Empfehlung für den Kreistag abgeben. Eine Oberschule stelle in diesem Zusammenhang eine Option bzw. Alternative dar. Es sei wichtig, ein Gesamtkonzept für den Landkreis zu entwickeln. Nach den vorliegenden Bedarfszahlen sei in Schöppenstedt weder eine 4 noch eine 3zügige IGS möglich. Wichtig sei es, die Schulstandorte Schöppenstedt und Remlingen zu erhalten.

Landrätin Steinbrügge hätte sich ein anderes Ergebnis gewünscht. Die Zahlen seien bereits sehr optimistisch ausgewertet worden. Es seien Flüchtlingszahlen auf dem heutigen Niveau für die nächsten 10 Jahre berücksichtigt worden. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung seien Ideen zu entwickeln, wie der Schulstandort Elm-Asse gesichert werden könne. Die vorliegenden Zahlen reichen nicht aus.

KAbg. Deitmar fordert eine Elternbefragung für eine IGS in Sickinge. Er verspricht sich durch diese Befragung noch mehr Erkenntnisse.

Der Vorsitzende Ganzauer unterbricht die Kreistagssitzung um 19:49 Uhr und lässt Fragen aus dem Zuhörerraum zu.

Der Vorsitzende Ganzauer beendet die Sitzungsunterbrechung um 19:55 Uhr.

KAbg. Brücher bemängelt den Verwaltungsvorschlag zur Kenntnisnahme. Sie enthalte im 2. Absatz eine politische Aussage, er könne daher nur für den 1. Absatz die Kenntnisnahme abgeben. Der Haltung des KAbg. Brücher kann gefolgt werden, es ergeht daher ohne weitere Aussprache nachstehende

Kenntnisnahme:

Die Auswertung der Elternbefragung zur Ermittlung des Interesses für eine Integrierte Gesamtschule (IGS) am Standort Schöppenstedt mit ggf. einer Außenstelle in Remlingen wird entsprechend Anlagen 1 und 2 zur Kenntnis genommen.

**TOP 9 Durchführung einer überörtlichen Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 NKPG;
Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13
KiTaG durch den Landesrechnungshof
Vorlage: XVII-0693/2016**

KAbg. Brandes erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes über die überörtliche Kommunalprüfung des Landkreises Wolfenbüttel zur „Planung der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen nach § 13 KiTaG“ vom 08.12.2015 wird in der Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt des Schlussberichts zur Kenntnis genommen.

**TOP 10 Dringlichkeitsantrag zur Festlegung von Schulbezirken für den
Besuch von Gymnasien für den Bereich der Samtgemeinde
Baddeckenstedt
Vorlage: XVII-0704/2016**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage.

Die KAbge. Lühr und Vree weisen darauf hin, dass die Folgen der Beschlüsse bisher nicht ausreichend gesehen wurden. Es käme zu einer Ungleichbehandlung bei den Fahrtkosten. Die Eltern müssten einen Teil der Fahrtkosten zur Schule selbst tragen, dies gelte es abzustellen. Den Schülerinnen und Schülern der Samtgemeinde Baddeckenstedt müsse auch ein 2. Schulstandort für Gymnasien zur Verfügung stehen. Es werde ein entsprechender Antrag in den Schulausschuss eingebracht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Die Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gymnasien in der Fassung des Kreistagsbeschlusses vom 05.10.2015 wird um folgende Anlage ergänzt:
„Anlage zur Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gymnasien, gültig ab 01.08.2016“

Schulbesuch in Hildesheim für Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt

Ergänzend zu § 3 der Satzung (Übergangsregelung) können Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt auch ab dem Schuljahr 2016/2017 ein Gymnasium im Gebiet des Landkreises Hildesheim (einschl. der Stadt Hildesheim) besuchen. In dem Fall werden die Fahrtkosten bis zur nächsten Schule (nach der Satzung ein Gymnasium in Salzgitter) erstattet. Darüber hinausgehende Fahrtkosten tragen die Erziehungsberechtigten selbst.

Wenn Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Baddeckenstedt ein öffentliches Gymnasium im Gebiet des Landkreises Hildesheim (einschl. der Stadt Hildesheim) mit einer Ausnahmegenehmigung nach § 63 Abs. 3 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) besuchen, werden die Fahrtkosten maximal bis zur höchsten Preisstufe des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Wolfenbüttel beschränkt.

Eine Ausnahmegenehmigung kann erteilt werden, wenn der Besuch einer Schule in Salzgitter eine unzumutbare Härte bedeutet oder der Besuch eines Gymnasiums im Gebiet des Landkreises Hildesheim (einschl. der Stadt Hildesheim) aus pädagogischen Gründen geboten ist.“

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Eltern der Schülerinnen und Schüler der Klassen 4 der Grundschulen Elbe, Sehlde und Hohenassel über die Möglichkeit des Schulbesuches in Hildesheim und die rechtlichen Folgen bezüglich der Schülerbeförderung zu informieren.

**TOP 11 Evaluation des Projektes „Sozialarbeit an den Gymnasien“ im Zeitraum 01.04.2013 - 31.03.2016
Vorlage: XVII-0691/2016**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage.

Die KAbg. Hantelmann, Barkhau und Albinus befürworten die Schulsozialarbeit als wichtigen Bestandteil. Sie sei auch wichtig an Gymnasien. Eine Unterbrechung könne nicht zugelassen werden. Die Erfolge sollten auch im Hinblick auf eine Drogenpräventionsarbeit fortgesetzt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel ist der Auffassung, dass Schulsozialarbeit in allen Schulstufen und an allen Schulformen pädagogisch sinnvoll und notwendig ist. Zum Aufgabenbereich eines Schulträgers gehört neben der Ausstattung der Schulen mit Sachmitteln auch die Etablierung von Schulsozialarbeit, so lange diese Aufgabe vom Land Niedersachsen noch nicht umfassend wahrgenommen werden kann.

Der Kreistag bittet deshalb die Verwaltung, Maßnahmen zur Fortführung der auslaufenden Schulsozialarbeit an den Wolfenbütteler Gymnasien mit dem Schulträger Stadt Wolfenbüttel zu entwickeln.

Sollte vom Land Niedersachsen bis zum Ende des Jahres 2016 keine Etablierung der Schulsozialarbeit eingeführt worden sein, wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Vorschläge für den Haushalts- und Stellenplan zu erarbeiten.

TOP 12 Sozialarbeit an den Gymnasien im Zeitraum 01.04.2016 - 31.12.2016 **Vorlage: XVII-0715/2016**

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage.

KAbg. Försterling teilt mit, dass das Niedersächsische Kultusministerium nicht vorsehe, die Schulsozialarbeit an Gymnasien finanziell zu unterstützen.

Landrätin Steinbrügge führt aus, dass das Land nicht vorschnell aus der Verantwortung entlassen werden dürfe. Sie mahnt ferner an, dass auch der Schulträger eine Verantwortung zur Sicherstellung der Schulsozialarbeit habe. Der Landkreis sollte sich daher nicht vorschnell über 2016 hinaus mit 50 % an den Kosten beteiligen.

Der KAbg. Försterling schlägt die Erweiterung der Beschlussempfehlung vor, der auch gefolgt werde.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig nachstehender

Beschluss:

Die sozialpädagogische Arbeit an den Gymnasien wird im Zeitraum 01.04.2016 – 31.12.2016 unter der Voraussetzung fortgesetzt, dass die Stadt Wolfenbüttel die hälftigen Kosten trägt.

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Stadt Wolfenbüttel in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, die Schulsozialarbeit an den Gymnasien über den 31.12.2016 hinaus fortzusetzen und den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern unverzüglich langfristige Verträge anzubieten.

TOP 13 Festlegung des Schulbezirks für die Elm-Asse-Schule **Vorlage: XVII-0694/2016**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage.

KAbg. Rautmann führt aus, dass für Schülerinnen und Schüler der Orte Denkte und Neindorf die Schulwege nach Schöppenstedt zu lang seien. Die Schulwege nach Wolfenbüttel seien kurz. Er stelle daher den Antrag, für die Orte Denkte und Neindorf ein Wahlrecht einzuräumen.

Die KAbge. Barkhau und Hensel halten es für wichtig, den Schulstandort Elm-Asse zu stärken. Zurzeit gebe es keine Kinder aus Neindorf, die betroffen seien. Sie lehnen ein Wahlrecht ab.

Ohne weitere Aussprache stimmt der Kreistag über den Antrag des KAbg. Rautmann ab.

Ja-Stimmen: 16:

Nein-Stimmen: 26:

Enthaltungen: keine

Der Antrag des KAbg. Rautmann wurde abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 26 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung über die Festlegung des Schulbezirks für die Elm-Asse-Schule wird gemäß §§ 10 Abs. 1 und 58 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) gemäß Anlage 1 beschlossen.

**TOP 14 Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stelle in der Henriette-Breymann-Gesamtschule
Vorlage: XVII-0692/2016**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

In der Henriette-Breymann-Gesamtschule wird der bisher befristete Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) zunächst bis zum 31.12.2016 weitergeführt. Die Mittel sind in den Haushalt 2016 eingestellt.

Sollte es bis Ende 2016 keine eindeutige Aussage dazu seitens des Landes geben, wird die vorgenannte Stelle unbefristet fortgeführt.

**TOP 15 Nachtragswirtschaftsplan 2016 Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel (WLW)
Vorlage: XVII-0695/2016**

KAbg. Dette erläutert die Vorlage.

KAbg. Hausmann begrüßt ausdrücklich die Einrichtung von 3 zusätzlichen Stellen. Ferner habe sich der Betriebsausschuss dafür eingesetzt, dass konkrete Zahlen für die interne Leistungsverrechnung vorgelegt werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 wird
im Erfolgsplan mit
Erträgen in Höhe von 20.574.000,00 €
Aufwendungen in Höhe von 20.349.500,00 €

im Vermögensplan mit
Einnahmen in Höhe von 8.622.700,00 €

Ausgaben in Höhe von 8.622.700,00 €

festgesetzt.

- 2.) Im Vermögensplan werden Kredite für Investitionen nicht veranschlagt.
- 3.) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan wird auf 2.542.000,00 € festgesetzt.
- 4.) Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Wirtschaftsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben durch die Sonderkasse der Wirtschaftsbetriebe Landkreis Wolfenbüttel in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 650.000,00 € festgesetzt.

TOP 16 Anregung nach § 34 NKomVG Vorlage: XVII-0699/2016

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage.

Kabge. Brandes, Brücher, Löhr und Tiedt halten einen Radweg für dringend erforderlich. Es herrsche dort ein hohes Verkehrsaufkommen. Es sei großes Glück, dass bisher nichts passiert sei. Auch im Ort lebende Flüchtlinge, die auf dem Fahrrad noch nicht die Sicherheit besitzen, nutzen die Straße mit dem Fahrrad. Eine Überprüfung der Situation sei daher dringend erforderlich. Eine erneute Behandlung im Fachausschuss sei notwendig.

Landrätin Steinbrügge wies daraufhin, dass eine erneute Behandlung im Fachausschuss möglich sei, jedoch voraussichtlich keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Die Einschätzungen von Polizei und Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr liegen vor.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Kreistag nimmt die Anregung von Herrn Gerhard Schrader, wie sie der Anlage zur Vorlage XVII-0699/2016 entnommen werden kann, zur Kenntnis.

Der Vorsitzende Ganzauer stellt fest, dass die Vorlage XVII-0699/2016 zur erneuten Prüfung des Sachverhaltes in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen und Klimaschutz verwiesen wird und regt an, dass der Ausschussvorsitzende nach Baddeckenstedt zu einem Ortstermin einlädt, um die Situation vor Ort beurteilen zu können.

TOP 17 Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 4i GO)

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

TOP 18 Einwohnerfragestunde (§§ 16, 4 j GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Ganzauer schließt die öffentliche Sitzung um 20:58 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet die nicht-öffentliche Sitzung um 20:59 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in